

Leitungsbau geht, 60 Prozent der Aufträge an Unternehmen der Tepco-Gruppe und 40 Prozent an Mitgliedsunternehmen eines „Verbandes zur Zusammenarbeit mit Tepco im Bereich von Bauvorhaben zur Stromverteilung“ vergeben. Von den 11 Mitgliedsunternehmen dieses Verbandes werden 9 von ehemaligen Tepco-Mitarbeitern geführt. Anbieter außerhalb dieses Kreises kamen nicht zum Zuge. Die Tätigkeit der Reformkommission hat teilweise zu Neuverhandlungen der Verträge und zu Kostensenkungen zwischen 15 und 33 Prozent geführt.

Tepco hat in jüngster Zeit immer wieder höhere Strompreise und ein Wiederanschalten ihrer unzerstörten Atomkraftwerke verlangt, da das Geschäft anders nicht weiterzuführen sei.

Die Energieversorgung ist in Japan bis 2016 nach regionalen Monopolen organisiert. Diese Monopole, d. h. das Fehlen von Wettbewerb, nennen die Autoren von Asahi Shimbun als Ursache für das fehlende Kostenbewußtsein bei Tepco und möglicherweise allen anderen Energieversorgern.

Die Bilanz von Tepco weist für das Geschäftsjahr 2012 einen Verlust von 685,3 Milliarden Yen aus. Die Zuwendungen des Haftungsfonds beliefen sich in diesem Jahr auf 696,8 Milliarden Yen. Entschädigungen wurden nach der Bilanz in Höhe von rund 1,16 Billionen Yen gezahlt.

Quelle: Asahi Shimbun, 9.1. 2014, S. 1 und 3. ●

Berlin, 8. März 2014

Kazaguruma-Demonstration

Am 8. März 2014 ab 13.00 Uhr vom Brandenburger Tor zur japanischen Botschaft

Zum 3. Jahrestag der Katastrophe von Fukushima organisiert die japanische Initiative

Sayonara Nukes Berlin wie schon einmal in der vorigen Ausgabe angekündigt eine Demonstration gegen Atomkraft und lädt herzlich zur Teilnahme ein. Dabei werden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die traditionellen japanischen Papier-Windräder (Kazaguruma) getragen.

Kontakt: info@sayonara-nukes-berlin.org

Spenden werden erbeten unter Angabe des Verwendungszwecks „Fukushimademo“ auf das Konto von Kizuna in Berlin e.V. Nr. 66681100 bei der Postbank Berlin, BLZ 10010010, IBAN: DE09100100100066681100, BIC: PBNKDEFF ●

Atom Müll-Lager

Das Erzgebirge soll Weltkulturerbe werden

Am 20. Januar 2014 unterzeichneten der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) und der tschechische Kulturminister Jiri Balvin in Dresden die Nominierungsdokumente für den deutsch-tschechischen Welterbeantrag „Montane Kulturlandschaft Erzgebirge/Krusnohori“. Das meldete der Evangelische Pressedienst. Damit sei der Weg frei für die Bewerbung des Erzgebirges als Weltkulturerbe, wird erklärt.

Zuvor hatte schon einmal im Jahr 1995 das thüringische Landesdenkmalamt für Aufregung gesorgt, weil es uranhaltige Geröllhalden und Tagebaulöcher der früheren Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut schützen lassen wollte. Die radioaktiv strahlenden „historischen Produktionsstätten und -Anlagen“ des Bergbau- und Industriekomplexes Wismut in Ronneburg und Paitzdorf wollte das Amt als „Denkmalensemble“ „unter besonderen staatlichen Schutz“ stellen, um sie als „Quellen und Zeugnisse“ der „menschlichen Geschichte

und Entwicklung für die Nachwelt erlebbar (zu) machen“. In der Begründung des thüringischen Landesdenkmalamtes hieß es damals, die Erscheinungsform dieser „künstlichen Landschaft“ sei „Zeugnis der Produktionsgeschichte der DDR in der Sonderheit eines sowjetisch-deutschen Staatsunternehmens“ und stelle anschaulich wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge dar. Einzigartig im mitteleuropäischen Raum veranschauliche „die Veränderung der Kulturlandschaft, die (...) – insbesondere (durch) die Spitzkegelhalden und Muldenhalden sowie das Tagebauloch – eine eigene signifikante Prägung“ erfahren habe, die Entwicklung des extensiven Bergbaus. Der ehemals durch Landwirtschaft geprägte Raum sei „zu einer Kunstlandschaft in zweifachem Sinn – künstlich geschaffen und zugleich von künstlerischem Erlebniswert – umgestaltet“.

Das soll nun offenbar auch für das Erzgebirge gelten. Von Umweltschützern und Menschenfreunden wurde das Vorhaben der Denkmalschützer damals als grober Unfug kritisiert und gefordert, die radioaktiven Altlasten statt dessen zu sanieren. Die Ronneburg überragenden Spitzkegelhalden wurden denn auch inzwischen abgetragen und in das dortige Tagebauloch verfüllt.

Im Erzgebirge wurde seit dem Mittelalter als Reststoff des frühen Silberbergbaus sogenannte „Pechblende“ an die Erdoberfläche gebracht, die 1789 von dem Chemiker Klaproth als eigenständiges Mineral erkannt und mit dem Namen Uran bezeichnet wurde. Von 1947 bis 1990 ist dann von der Sowjetunion und der DDR in Sachsen und Thüringen das weltweit bis heute viertgrößte Uranerzbergbaugbiet (nach der Sowjetunion, den USA und Kanada) geschaffen worden. Heute haben wir es hier mit einer Kunst-

landschaft aus Abraumhalden und oberflächennahen Endlagern zu tun. ●

Atom Müll-Endlagerung

Radioaktive Stoffe bei der Wismut GmbH

Bei der Sanierung der Hinterlassenschaften des früheren Uranbergbaus in der DDR durch die bundeseigene Wismut GmbH fallen radioaktive Stoffe an, die mit Genehmigung der zuständigen Behörden in Halden, Absetzanlagen und anderen bergbaulichen Objekten eingebaut und anschließend abgedeckt werden. Nach Angaben der Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke ist diese Vorgehensweise bei der Verbringung von radioaktiven Stoffen aus der Sanierung von uranbergbaulichen Hinterlassenschaften internationaler Standard. Auf die Frage der Abgeordneten, ob die radioaktiven Stoffe wieder zurückgeholt und in ein „Bundesendlager“ gebracht werden könnten, heißt es: „Da es sich hierbei nicht um radioaktive Abfälle im Sinne des Atomgesetzes handelt, stellt sich die Frage nach der Verbringung in ein ‚Bundesendlager‘ weder sachlich noch rechtlich.“

Bundestagsdrucksache 18/58 vom 27.12.2013,

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/002/1800243.pdf> ●

Berlin, 28./29. März 2014

Atom Müll-Tagung

Vorankündigung

Am Freitagabend, den 28. März ab 18 Uhr und Samstag, 29. März 2014 von 10 bis 17 Uhr führt ein breiter Trägerkreis von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen unter

Federführung des Deutschen Naturschutzrings (DNR) die Veranstaltung „Auf der Suche nach einem vernünftigen Umgang mit dem Atommüll in Deutschland“ durch. Sie wird im Umweltforum in der Auferstehungskirche in Berlin-Mitte, Pufendorfer Straße 11, stattfinden.

Mit dieser Veranstaltung soll die öffentliche Debatte beim Umgang mit Atommüll in Deutschland intensiviert werden. „Im Unterschied zu den Parteienvertretern, die in Küchengesprächen die Konturen des Standortwahlgesetzes (StandAG) ausgehandelt haben, diskutieren die Umweltverbände und Anti-AKW-Initiativen offen und öffentlich über die Mängel des Gesetzes“, stellt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI) heraus. Ein solcher wichtiger Baustein sei die öffentliche Konferenz Ende März in Berlin, die von den Umweltverbänden derzeit vorbereitet wird. Das Gesetz enthalte Lücken und Schlupflöcher, um Gorleben als Zielort für Castortransporte im Spiel zu halten und als Endlagerstandort durchzusetzen, rügt BISprecher Wolfgang Ehmke.

Lücken und Schlupflöcher

Heftigen Anstoß nehme man auch an der Doppelstruktur, die das Gesetz vorschreibt. „Einerseits startet eine neue Superbehörde, das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BkE), die Arbeit und soll Endlagerkriterien und Standorte benennen. Zugleich soll die Endlagerkommission mit einem ähnlichen Auftrag die Arbeit aufnehmen.“ Ob deren Ergebnisse am Ende überhaupt vom Bundestag angenommen werden, obliege aber wieder parteipolitischem Einfluß, kritisiert die BI.

Ehmke: „Ob die Mitarbeit in eine Mitmachfalle mündet oder ob es gelingt, die Prämissen einer Mitarbeit zu klären,

wird weiter diskutiert. Eine wichtige Voraussetzung ist für uns, dass die Arbeit des BkE zurückgestellt wird. Die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) ist da am Zug.“

Die Glaubwürdigkeit wird auch an anderer Stelle unterhöhlt. Greenpeace-Anwälte haben das neue Standortwahlgesetz (StandAG) unter die Lupe genommen und weisen auf eine Lücke, mit der Gorleben als Atommüllendlager im Spiel gehalten wird. Einerseits heißt es im StandAG, die Erkundung in Gorleben sei mit Inkrafttreten des Gesetzes beendet. „Das klingt beruhigend und nach Neubeginn“, so Wolfgang Ehmke. Gleichzeitig, so heißt es an anderer Stelle, soll Gorleben aber unter „Wahrung aller rechtlichen Erfordernisse“ in das neue Suchverfahren mit einbezogen werden. Bisher zählt das Bundesumweltministerium den alten Rahmenbetriebsplan offenbar zu den „rechtlichen Erfordernissen“, auf die man in Gorleben nicht verzichten könne, während noch nicht einmal andere Standorte benannt sind oder gar Betriebspläne an anderen Standorten vorliegen. „Das ist ein Widerspruch im Gesetz, oder es ist gewollt, wenn am Planfeststellungsantrag aus dem Jahr 1977 und dem Rahmenbetriebsplan aus dem Jahr 1983 festgehalten wird. Diese Verfahren sind der Inbegriff von über 30 Jahre Tricksen und Täuschen, um den Salzstock Gorleben unter dem Deckmantel der „Erkundung“ als Atommüllendlager auszubauen. Wir fordern die neue Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) auf, das Atomgesetz und das StandAG eindeutig zu fassen, sonst braucht es keine Endlagerkommission um festzustellen, dass das ganze gegenwärtige Procedere nur den Zweck verfolgt, Gorleben politisch und juristisch als Endlagerstandort zu zementieren“, so Ehmke. ●

Öffentlichkeitsarbeit

VDI-Richtlinie zur Öffentlichkeitsbeteiligung

Den Entwurf für eine Richtlinie VDI 7000 „Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten“ hat der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) am 23. Januar 2014 in Berlin vorgestellt. Einsprüche werden bis zum 31. März 2014 vorzugsweise über das VDI-Richtlinien-Einspruchportal www.vdi.de/einspruchportal erbeten.

Die Richtlinie soll private und öffentliche Vorhabenträger zu mehr Akzeptanz bereits im Vorfeld gesetzlich geregelter Öffentlichkeitsbeteiligungen eines Genehmigungsverfahrens verhelfen und bei der Suche nach einer breit akzeptierten Antragsvariante unterstützen, heißt es. Die Anwendung der Richtlinie mindere die Risiken bei der Realisierung von Industrie- und Infrastrukturprojekten und helfe, rechtliche Konflikte zu vermeiden, wird versprochen. Das in der Richtlinie beschriebene Vorgehen ermögliche durch Vorwegnahme der Austragung von Konflikten eine erhebliche Entlastung der gesetzlich geregelten Verfahren und ihrer Instrumente, wie Erörterungstermine. Zusätzlich könnten hierdurch Vorhabenträger auch neue technische Lösungen finden, die auf breitere Akzeptanz treffen – und zwar zu einem Zeitpunkt, der noch Handlungsspielräume biete und zu dem Konflikte noch nicht eskaliert sind.

Die Richtlinie richtet sich vorrangig an private und öffentliche Vorhabenträger, sei aber für Behörden, zivilgesellschaftliche Gruppen, Verbände, Ingenieurbüros, Gutachter, Kanzleien, Kommunikationsagenturen und Prozessgestalter ebenso relevant, wird die

Richtlinie angepriesen.

Das Inhaltsverzeichnis des Richtlinienentwurfs VDI 7000 ist einsehbar unter www.vdi.de/karriere/vdi-7000/. Und für 107,90 Euro ist der gesamte Text über diese Website beim Beuth Verlag GmbH erhältlich. ●

Buchankündigung

Politische Mediation

Im Februar 2014 soll das Buch „Politische Mediation. Prinzipien und Bedingungen gelingender Vermittlung in öffentlichen Konflikten“ von Christoph Besemer beim Verlag Stiftung Mitarbeit erscheinen. Das Thema ist angesagt: Dialog hier – Dialog da. Wirkliche Mitbestimmung ist dabei eher die Ausnahme, meist geht es den Initiatoren nur um ein wenig Information von oben nach unten. Die Anti-Atom-Bewegung hat mit derartigen Dialogen extrem viele – schlechte – Erfahrungen. Dass es und wie es anders gehen kann, zeigt unter anderem ein Aufsatz von Silke Freitag über den konsensorientierten Dialog um die Stilllegung der ehemaligen Atomforschungsanlage GKSS, die heute vom Helmholtz-Zentrum Geesthacht betrieben wird. Dort hat der Betreiber im Herbst 2013 einen „konsensorientierten Dialog“ angeboten. Erst vor kurzem haben Betreiber und Begleitgruppe „Grundzüge für die Zusammenarbeit“ und das jeweilige Selbstverständnis im Rahmen dieses Prozesses veröffentlicht.

Dirk Seifert, Robin Wood

<http://umweltfaeraendern.de/2014/01/politische-mediation-konsensorientierter-dialog-und-mitbestimmung-rueckbau-des-forschungsreaktors-in-geesthacht/> ●